OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB

Sicherheit durch Stabilität.

Q2/21

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-04-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Inhaltliche Gestaltung	*Friedrich Fritzer, Mirjam Salish*
Redaktion	*Rita Glaser-Schwarz*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021.
Alle Rechte vorbehalten.
Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Rohölpreis treibt Inflation im Jahr 2021 auf 2,2 %

Laut OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 2,2 % betragen. Dabei handelt es sich um eine Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte gegenüber den letzten Projektionen vom Juni 2021, ausgelöst durch die überraschend hohe Teuerungsrate in den letzten Monaten. Der Hauptgrund für den Anstieg der Inflationsrate im Jahr 2021 ist die Verteuerung von Erdölprodukten. In den Jahren 2022 und 2023 wird sich die Inflationsrate auf 2,0 % und 1,8 % verringern. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate steigt von 1,9 % im Jahr 2021 auf jeweils 2,1 % in den Jahren 2022 und 2023 an, da mit dem Auslaufen der Lockdown-Maßnahmen eine kräftige wirtschaftliche Erholung erwartet wird. In der Folge entspannt sich auch die schwierige Arbeitsmarktlage, wodurch das Lohnstückkostenwachstum ansteigt. In ihrer Prognose geht die OeNB davon aus, dass die Preise von energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen entsprechend den Terminnotierungen wieder sinken werden. Die in den letzten Monaten stark gestiegenen Material- und Rohstoffkosten sollten sich deshalb nur vorübergehend auf die Endverbraucherpreise übertragen, wobei die Kostenüberwälzung in erster Linie im Energiesektor erfolgt.

Sprunghafter Anstieg der HVPI-Inflationsrate auf 3,0 % im Mai 2021

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist von 1,1 % im Jänner 2021 auf 3,0 % im Mai 2021 angestiegen. Im Juni 2021 ging die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria auf 2,8 % zurück. Die bis Mai 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen, dass für den seit Jahresbeginn beobachteten Inflationsanstieg zu zwei Drittel die Preise für Energie ausschlaggebend waren, da die Rohölpreise nach einem Preisverfall im Jahr 2020 in den letzten Monaten stark anstiegen. Auch die Nahrungsmittelpreise stiegen zuletzt sprunghaft an und erklären ein Fünftel des Inflationsanstiegs. Die Kerninflationsrate lag im Mai bei 2,5 % und somit um 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Basiseffekte führten nicht nur im Energiesektor, sondern auch bei Konsumgütern zu höheren Preissteigerungsraten. Weiters ist davon auszugehen, dass sich die anziehenden Preise nichtenergetischer Rohstoffe sowie aktuelle Liefer- und Materialengpässe, wenn auch in geringem Ausmaß, in den Verbraucherpreisen widerspiegeln. Außerdem beeinflussen pandemiebedingte Sondereffekte, wie Gewichtsveränderungen im HVPI-Warenkorb und Preisimputationen, nach wie vor die Inflationsentwicklung.

Markanter Anstieg der Rohstoffpreise

Sowohl bei den Rohölpreisen als auch bei den Preisen für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffen sind in den letzten Monaten teilweise beträchtliche Preissteigerungen verzeichnet worden. Während bei Rohöl und Nahrungsmittelrohstoffen vor allem Angebotsfaktoren dafür ausschlaggebend waren, dürften die Preise für Industrierohstoffe aufgrund der zunehmenden globalen Nachfrage angestiegen sein. Auf Ebene der heimischen vorgelagerten Produktionsstufen hat sich zwar sektoral (vor allem bei Energie und bei Vorleistungsgütern) ein Preisdruck aufgebaut, aber die eng mit den Verbraucherpreisen zusammenhängenden inländischen Erzeugerpreise für Konsumgüter sind auf einem relativ moderaten Niveau geblieben.

Auslastung der Produktionskapazitäten verbesserte sich zuletzt wieder

Laut aktuellem WIFO-Konjunkturtest für das zweite Quartal 2021 hat sich die Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterindustrie wieder verbessert. Zurückzuführen ist dies auf die gelockerten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Der Auslastungsgrad bei der Produktion langlebiger Konsumgüter war zuletzt höher als vor der Coronakrise, während die Auslastung bei der Produktion kurzlebiger Konsumgüter unter dem langfristigen Durchschnitt blieb.

Kurzfristige Inflationserwartungen deutlich angestiegen, langfristige Inflationserwartungen unverändert

In den letzten Monaten haben sich die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der Konsumenten und Konsumentinnen für die nächsten 12 Monate deutlich erhöht. Auch die Inflationserwartungen von Prognoseinstituten für das Jahr 2021 stiegen zuletzt an, wohingegen jene für das Jahr 2022 konstant blieben. Die Prognoseinstitute rechnen für 2021 mit einer Inflationsrate von 1,9 % und erwarten für das Jahr 2022 einen Rückgang auf 1,6 %.

Bau- und Materialkostenanstieg sollten sich kaum auf Endverbraucherpreise, Miet- und Immobilienpreise übertragen

Die österreichische Baubranche sah sich in den letzten Monaten aufgrund von Unterbrechungen internationaler Transportketten sowie angesichts Materialmangels steigendem Kostendruck ausgesetzt. Die Materialkostenanstiege im Baukostenindex erreichten zuletzt historische Höchstwerte (18,5 % im Mai 2021), wobei hierfür vor allem der Anstieg einiger Rohstoffpreise (z. B. Rohöl, Eisen, Stahl, Holz) verantwortlich war. Bis jetzt haben sich diese Preissteigerungen weder in den Baupreisen noch in den Erzeugerpreisen für Konsumgüter widergespiegelt, die ein wichtiger Indikator für einen möglichen Preisdruck aus den vorgelagerten Produktionsstufen auf die Verbraucherpreise sind. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser aktuelle Anstieg der Baukosten weder in einem zusätzlichen Anstieg der Verbraucherpreise noch in einer weiteren Beschleunigung der Miet- und Immobilienpreise niederschlagen wird: Zum einen, da die internationalen Preise für Holz und Kupfer sowie die Terminnotierungen für Rohöl bereits rückläufig sind. Zum anderen, da die Preissetzung nicht nur von Kosten bestimmt wird, sondern auch von zahlreichen anderen Faktoren.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer, Mirjam Salish[1]

Überblick		2
1	Inflationsrate in den letzten Monaten deutlich angestiegen	5
2	Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 2,2 %	6
	Kasten 1: Steigende Bau- und Materialkosten – mögliche Auswirkungen auf die Verbraucher-, Miet- und Immobilienpreise	10
3	Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	16

Redaktionsschluss: 1. Juli 2021

[1] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at, mirjam.salish@oenb.at.

1 Inflationsrate in den letzten Monaten deutlich angestiegen

Die österreichische HVPI[2]-Inflationsrate ist von 1,1 % im Jänner 2021 auf 1,9 % im April 2021 angestiegen. Im Mai 2021 erhöhte sich die HVPI-Inflationsrate noch einmal deutlich und stieg auf 3,0 % an. Im Juni 2021 ging die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria auf 2,8 % zurück. Die bis Mai 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen, dass für den seit Jahresbeginn beobachteten Inflationsanstieg zu zwei Drittel die Energiepreise verantwortlich waren. Die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak) fiel Anfang 2021 in den negativen Bereich, verzeichnete aber zuletzt ebenfalls einen sprunghaften Anstieg. Rund ein Fünftel des Inflationsauftriebs im bisherigen Jahresverlauf geht auf Nahrungsmittel zurück. Auch bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen ist seit Jahresanfang ein Preisauftrieb bemerkbar. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag im Mai 2021 bei 2,5 % und war somit um 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn.

Die in den letzten Monaten gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben die Preismessung erschwert. Die weitgehenden Geschäftsschließungen führten zu Preisausfällen vieler der im Warenkorb enthaltenen Produkte. Das HVPI-Regelwerk sieht die Fortschreibung fehlender Preise vor.[3] Laut Eurostat betraf dies von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 12 % und 20 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Produkte.[4] Vor allem die in diesem Zeitraum ausgewiesenen Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung, Freizeit- und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen sind aufgrund der Preisfortschreibungen mit Vorsicht zu interpretieren.

Im *Mai 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf 10,6 % und war somit deutlich höher als im Jänner 2021 (–5,3 %)*. Dafür ausschlaggebend waren die in den letzten Monaten stark angestiegenen Rohölpreise, sowie der Basiseffekt des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Innerhalb der Energiekomponente wiesen zuletzt vor allem Treibstoffe und Heizöl deutliche Preissteigerungen im Jahresabstand auf. Die Teuerungsraten von Gas und festen Brennstoffen erhöhten sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur moderat, während jene für Elektrizität und Wärmeenergie weitgehend konstant blieben.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise belief sich im Mai 2021 auf 2,7 % und war damit deutlich höher als im Jänner 2021 (2,3 %). Vor allem die Inflationsraten für Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen, Freizeit und Sportdienstleistungen, Kulturdienstleistungen sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen stiegen seit Jänner 2021 deutlich an. Allerdings wurde in den meisten der erwähnten Branchen die Preiserhebung durch die Containment-Maßnahmen erschwert. In manchen der genannten Dienstleistungskomponenten mussten mehr als drei Viertel der Preise fortgeschrieben werden.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie sank in den ersten vier Monaten dieses Jahres (Jänner 2021: 1,5 %; April 2021: 0,8 %), stieg im Mai aber markant an (2,5 %).* Für diese Entwicklung waren vor allem die *Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie elektrische Geräte für die Körperpflege und Aufzeichnungsmedien ausschlaggebend.* Dabei hat sich bei Bekleidung und Schuhen die Verschiebung der Ausverkaufsperiode zuletzt inflationssteigernd ausgewirkt. Im

[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

[3] Siehe dazu die methodischen Informationen von Eurostat in "Guidance on the compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis": Eurostat guidance COVID-19 crisis.

[4] Im Euroraum-Durchschnitt mussten von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 9 % und 13 % der Preise fortgeschrieben werden.

Vorjahr führten pandemiebedingt volle Lager im Bekleidungshandel bereits im Mai zu Abverkäufen. Da der Saisonschlussverkauf in diesem Jahr erst im Juni startete, ist es im Mai 2021 zu einem inflationstreibenden Basiseffekt bei Bekleidung und Schuhen gekommen. Bei *Möbeln und Einrichtungsgegenständen könnten die zuletzt beobachteten Anstiege* bei den Endverbraucherpreisen teilweise durch eine Übertragung der hohen Rohstoffkosten sowie durch Lieferengpässe verursacht worden sein. Aber auch bei Möbeln haben inflationstreibende Basiseffekte die Jahresteuerung ansteigen lassen, da nach dem ersten Lockdown im Vorjahr Möbel und Einrichtungsgegenstände teilweise mit kräftigen Rabatten angeboten wurden, um Lagerware zu verkaufen bzw. die Nachfrage zu stimulieren.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) sank zu Jahresbeginn markant und lag im Jänner 2021 bei −0,5 %*. Im Mai 2021 stieg die Teuerungsrate auf 1,9 %. Vor allem die Teuerung von Fleischwaren und Getränken ging zuletzt deutlich nach oben. Dafür könnte die Öffnung der Gastronomie und Hotellerie im Mai ausschlaggebend gewesen sein.

2 Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 2,2 %[5]

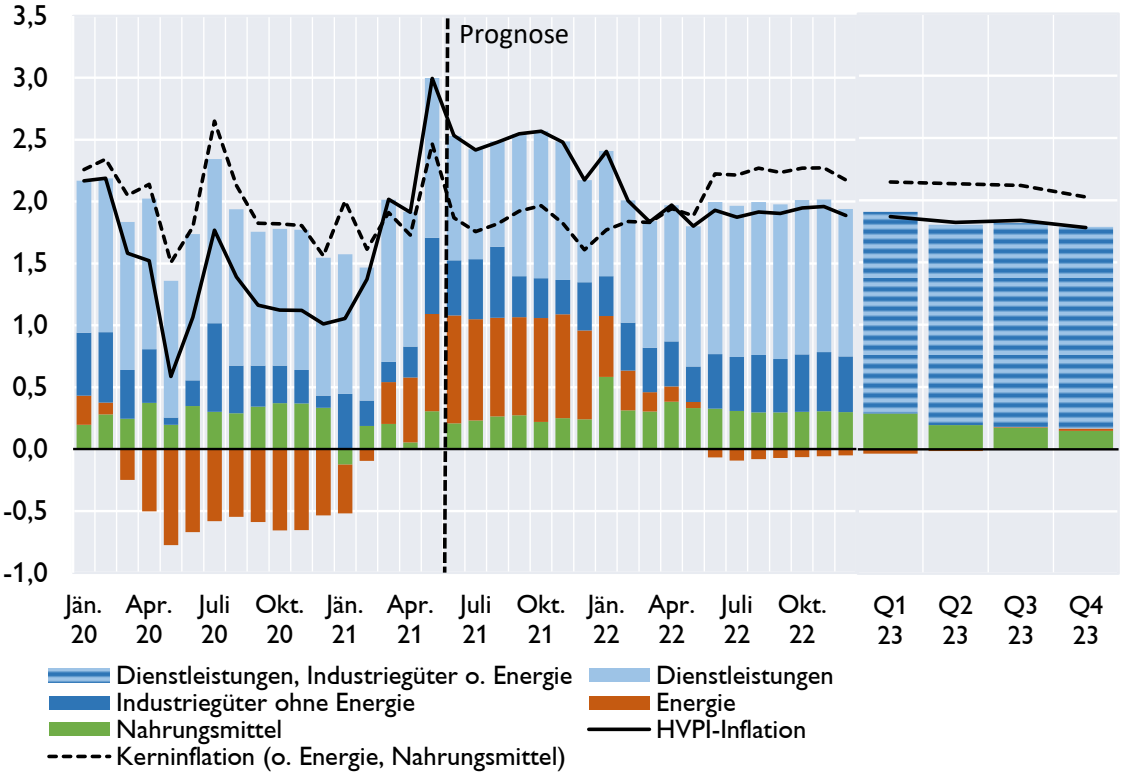
Laut aktueller OeNB-Inflationsprognose wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 2,2 % betragen und 2022 auf 2,0 % sowie 2023 auf 1,8 % zurückgehen (Grafik 1 und Tabelle 2). Die Prognose der OeNB basiert auf der Annahme einer weitreichenden Lockerung der Containment-Maßnahmen ab der zweiten Jahreshälfte 2021. Für die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete *Kerninflation erwartet die OeNB im Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 1,9 %. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung beschleunigt sich die Kerninflationsrate in den Jahren 2022 und 2023 auf 2,1 %*. Sowohl die stärkere Nachfrage als auch das beschleunigte Wachstum der Lohnstückkosten infolge der Entspannung am Arbeitsmarkt sollten zum Anstieg der Kerninflationsrate beitragen. In der Prognose gehen wir – den Markterwartungen folgend – von rückläufigen Preisen bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen aus. Die in den letzten Monaten stark gestiegenen Material- und Rohstoffkosten sollten sich deshalb nur vorübergehend auf die Endverbraucherpreise übertragen, wobei die Kostenüberwälzung in erster Linie im Energiesektor erfolgen wird.

[5] Diese Inflationsprognose ist eine Aktualisierung der OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2021 (Impffortschritte unterstützen wirtschaftliche Erholung – Oesterreichische Nationalbank (OeNB)), wobei die neuesten HVPI-Daten für den Mai 2021 einbezogen wurden.

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Gegenüber der Prognose vom März 2021 wurde die aktuelle Inflationsprognose für 2021 sowie 2022 deutlich nach oben revidiert (um 0,6 sowie 0,3 Prozentpunkte) und 2023 annähernd unverändert belassen (+0,1 Prozentpunkte). Vor allem höhere Rohstoffpreise (für Energie und nichtenergetische Rohstoffe) sind für die Aufwärtsrevision ausschlaggebend.

Tabelle 1

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2021

		Annahmen Juni 2021			Revisionen gegenüber März 2021		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Energie und Wechselkurse					*in %*		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	37,0	54,5	53,3	51,1	11,0	15,5	15,0
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,1	1,2	1,2	1,2	0,0	0,3	0,3
Nichtenergetische Rohstoffpreise		*Index 2005=100*			*in %*		
Gesamt	133,7	185,9	186,0	171,1	16,8	19,5	11,5
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	146,5	189,1	188,0	175,7	8,2	13,2	11,7
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	120,0	183,1	190,1	187,9	16,3	19,7	17,6
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	110,5	122,2	122,0	119,7	8,9	10,6	9,2
Zinsen		*in %*			*in Prozentpunkten*		
Drei-Monats-Zinssatz	−0,4	−0,5	−0,5	−0,3	0,0	0,0	0,1
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	−0,2	0,1	0,3	0,5	0,1	0,2	0,2

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen in Bezug auf Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinssätze. Diese wurden im Rahmen der EZB-Prognose vom Juni 2021 festgelegt. Gegenüber der Inflationsprognose vom März 2021 wurden die Preise von Rohöl und nichtenergetischen Rohstoffpreisen deutlich nach oben revidiert. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar und die Geldmarktzinssätze wurden gegenüber der März 2021 Projektion annähernd unverändert belassen, während die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen leicht nach oben revidiert wurde.

2.1 Energie prägt den zeitlichen Verlauf der Inflationsrate

Entsprechend den Preissteigerungen bei Rohölpreis-Futures werden Ölpreisnotierungen in Euro im Jahr 2021 um durchschnittlich 47 % über den Rohölpreisen des Vorjahres liegen. Größtenteils ist dies auf den rapiden Rohölpreisverfall in den ersten vier Monaten des Vorjahres zurückzuführen. Die Jahresteuerung von *Energie* steigt daher *im Jahr 2021 auf 7,4 % an* (2020: – 5,9 %). Im Prognosezeitraum wird auf Basis der Terminnotierungen mit einem Rückgang des Rohölpreises gerechnet, weshalb in den Jahren 2022 und 2023 nur geringe Veränderungen der Energiepreise erwartet werden.

Bei *Industriegütern ohne Energie* wird die Inflationsrate von 1,3 % im Jahr 2021 auf 1,4 % im Folgejahr ansteigen. Ausschlaggebend dafür ist die graduelle Verbesserung der Wirtschaftslage. Mit einer dauerhaften Überwälzung der in den letzten Monaten stark gestiegenen Material- und Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise wird nicht gerechnet. Pandemiebedingte Verschiebungen der Ausverkaufsmonate bei Bekleidung und Schuhen im Vorjahr führen in den nächsten Monaten zu markanten Schwankungen der Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie und erschweren damit die Interpretation des zugrundeliegenden Trends der Teuerung.

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2021

		Prognose			Revisionen gegenüber März 2021		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				*in Prozentpunkten*		
HVPI-Inflation	1,4	2,2	2,0	1,8	0,6	0,3	0,1
Nahrungsmittel insgesamt	2,0	1,2	2,0	1,2	0,5	0,4	0,1
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	*3,2*	*2,3*	*2,3*	*x*	*2,7*	*x*	*x*
davon verarbeitete Nahrungsmittel	*1,8*	*0,9*	*1,9*	*x*	*0,0*	*x*	*x*
Industriegüter ohne Energie	1,2	1,3	1,4	x	0,6	x	x
Energie	−5,9	7,4	0,6	−0,1	2,2	0,6	−0,4
Dienstleistungen	2,5	2,3	2,5	x	0,5	x	x
HVPI ohne Energie	2,0	1,8	2,1	2,0	0,5	0,2	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,0	1,9	2,1	2,1	0,5	0,1	0,2

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* wird im Jahr 2021 auf 2,3 % absinken (2020: 2,5 %). Teilweise könnten dazu die Mieten beitragen, deren Teuerung im Prognosezeitraum aufgrund von inflationsdämpfenden Basiseffekten zurückgehen sollte.[6] Zudem erwarten wir erst nach dem vollständigen Auslaufen der Containment-Maßnahmen Anfang nächsten Jahres eine Beschleunigung der Inflationsrate für tourismusnahe Dienstleistungen. Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Angesichts der pandemiebedingten Kostensteigerungen und Kapazitätsbeschränkungen (aufgrund der Hygienevorschriften und des einzuhaltenden Mindestabstands) sowie der Liquiditätsprobleme vieler Betriebe gehen wir allerdings davon aus, dass die Steuersenkung – wie von der Regierung intendiert – nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wird und daher keinen Einfluss auf die Verbraucherpreise hat.

Bei *Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* wurde Anfang 2021 ein massiver Rückgang der Inflationsrate verzeichnet. Im Lauf des Jahres 2021 wird eine Teuerungsrate von 1,2 % erwartet, die sich im Jahr 2022 auf 2,0 % beschleunigen sollte. Für den Inflationsanstieg sind die in den letzten Monaten stark gestiegenen Agrarrohstoffpreise verantwortlich, die zu einer Verteuerung importierter Nahrungsmittel führen. Zudem dürfte die Öffnung der Gastronomie und Hotellerie zu einem Anstieg der Inflationsrate für Nahrungsmittel beitragen. Darüber hinaus führte die mit April 2021 wirksam gewordene Tabaksteuererhöhung zu einem Anstieg der Inflationsrate von Nahrungsmitteln um 0,2 Prozentpunkte.[7] Im Jahr 2023 sollte die Inflationsrate für Nahrungsmittel auf 1,2 % zurückgehen, da ein Teil der Tabaksteueranhebung nicht mehr inflationswirksam ist. Außerdem dämpft der Rückgang der globalen Agrarrohstoffpreise im Jahr 2023 die Inflationsrate im Nahrungsmittelsektor.

[6] Im Vorjahr verzeichneten insbesondere Preise am privaten Mietmarkt hohe Teuerungsraten.

[7] Bereits im Rahmen der Steuerreform 2019 waren stufenweise Tabaksteuererhöhungen in den Jahren 2021 und 2022 beschlossen worden.

Steigende Bau- und Materialkosten – mögliche Auswirkungen auf die Verbraucher-, Miet- und Immobilienpreise[8]

In den vergangenen Monaten sind sowohl energetische als auch nichtenergetische Rohstoffpreise deutlich angestiegen. Die Verteuerung von Energie hat sich sehr rasch direkt auf die Energiekomponente der Verbraucherpreise übertragen. Bei den Verbraucherpreisen ohne Energie ist der Rohstoffpreisanstieg derzeit noch nicht feststellbar, da sich in den Endverbraucherpreisen neben den Materialaufwendungen auch Lohnkosten und Gewinnmargen widerspiegeln, von denen pandemiebedingt zuletzt kein zunehmender Preisdruck ausging. Inwieweit sich die zuletzt stark steigenden Rohstoffkosten und dabei insbesondere Bau- und Materialkosten auf die Endverbraucherpreise übertragen können, ist Thema dieser Analyse.

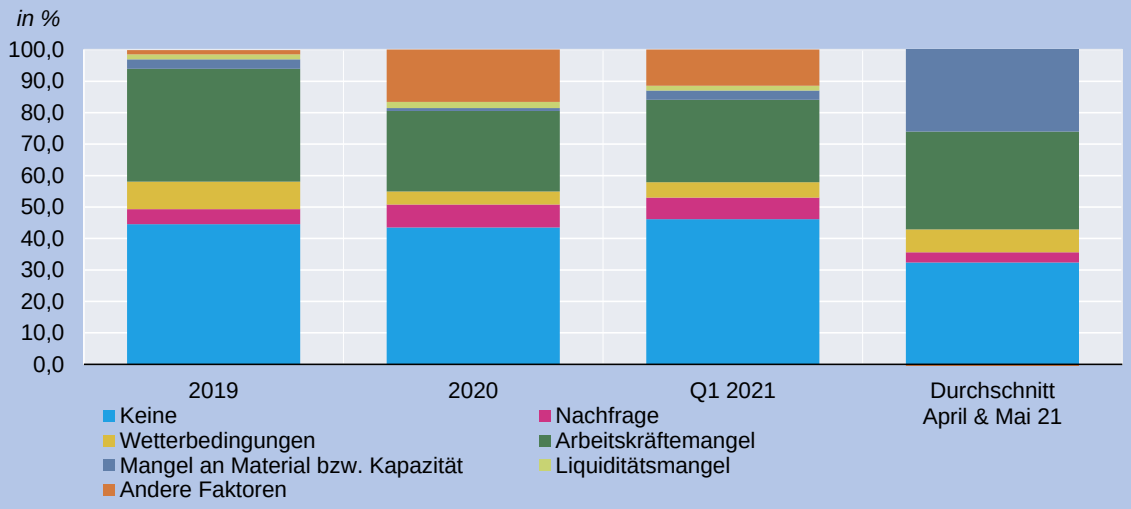
Zunächst werden die jüngsten Entwicklungen in der österreichischen Baubranche vorgestellt. Die darauffolgenden Abschnitte beleuchten die Übertragung der Bau- und Materialkosten auf die Endverbraucherpreise sowie auf die Immobilien- und Mietpreise. Insgesamt ist die Kostentransmission von Bau- und Materialpreisen moderat. Im Fall des aktuellen Anstiegs der Miet- und Immobilienpreise dürften hierfür vor allem strukturelle Faktoren des österreichischen Wohnungsmarktes verantwortlich sein.

Optimismus in der Baubranche, aber Materialmangel bremst Geschäftstätigkeit

Die österreichische Bauwirtschaft hat den Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 gut überwunden. Der aus Umfragen (WIFO Konjunkturtest) abgeleitete Vertrauensindikator der Bauunternehmen erreichte zuletzt sogar höhere Werte als vor der COVID-19-Krise und spiegelt den Optimismus in dieser Branche wider. Die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft wurde zuletzt allerdings gebremst. Gaben im ersten Quartal 2021 noch 46,1 % der österreichischen Bauunternehmen an, dass keine Faktoren ihre derzeitige Geschäftstätigkeit beeinträchtigten, waren dies im April und Mai 2021 nur noch 32,4 % (Grafik 1 K1).

Grafik 1 K1

Österreichische Bauwirtschaft: Welche Faktoren beeinträchtigen die Geschäftstätigkeit?



Quelle: WIFO, Europäische Kommission.

Die Umfrage zeigt, dass im April und Mai 2021 Arbeitskräfte- und Materialmangel die wichtigsten Produktionshemmnisse darstellten.[9] Bei 31,1 % der Unternehmen war Arbeitskräftemangel das wichtigste

[8] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at, mirjam.salish@oenb.at und karin.wagner@oenb.at.

[9] Die Fragestellung der Umfrage lautet: Unsere Produktion ist zurzeit (bitte nur eine Antwortmöglichkeit ankreuzen) (1) ohne Schwierigkeiten möglich (2) primär behindert durch: a) unzureichende Nachfrage, b) Mangel an Arbeitskräften, c) Materialmangel/Kapazitätsengpässe, d) Finanzierungsprobleme, e) sonstige Gründe.

Produktionshemmnis, während bei 26,5 % der Unternehmen vorwiegend Materialmangel die Geschäftstätigkeit bremste. Demgegenüber waren Liquiditätsmangel sowie die schwache Nachfrage für weniger als 7 % der Unternehmen Faktoren, welche die Geschäftstätigkeit wesentlich beeinträchtigten. Auch in anderen Euroraumländern wie in Deutschland waren zuletzt Materialmangel und Arbeitskräftemangel wichtige Produktionshemmnisse in der Bauwirtschaft. Bemerkenswert ist außerdem, dass der Anteil der österreichischen Unternehmen, die beabsichtigen in den nächsten drei Monaten ihre Preise zu erhöhen, zuletzt einen Höchststand seit Beginn der Umfrage erreichte.

Materialaufwendungen sind ein Kostenfaktor unter mehreren und machen laut Leistungs- und Strukturstatistik in der gewerblichen Wirtschaft zwischen 22 % (Baubranche) und 71 % (Energieversorgung) der Gesamtaufwendungen aus. Weit weniger wichtig sind Materialkosten im Handel und bei Dienstleistungen, wo Lohnkosten eine vergleichsweise wichtigere Ausgabenposition sind.

Anstieg der Baukosten und Materialpreise in Zahlen

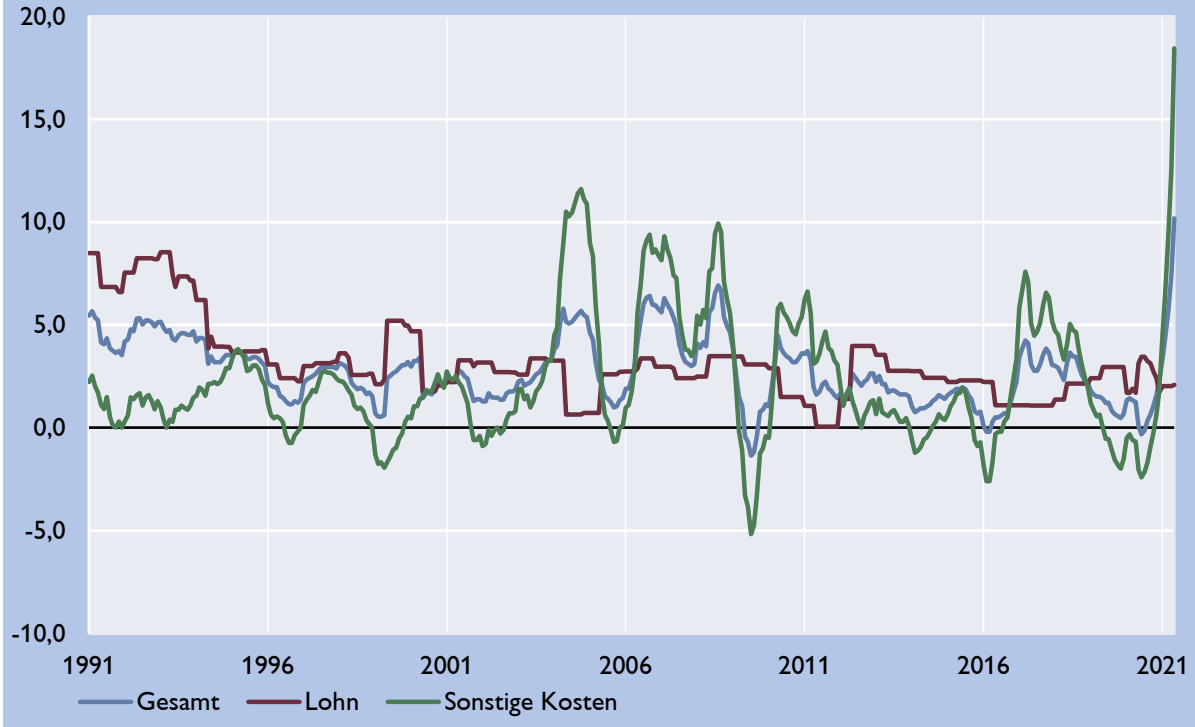
In Österreich wird die Kostenentwicklung in der Baubranche im Baukostenindex (BKI) abgebildet. Der BKI misst die Entwicklung der Kosten für Material und Löhne, die von den Bauunternehmen zu tragen sind. Von Statistik Austria wird ein BKI für die Sparten Wohnhaus- und Siedlungsbau, Straßenbau, Brückenbau sowie Siedlungswasserbau geführt. Die Kosten unterteilen sich in Lohnkosten (beim Wohnhaus- und Siedlungsbau 49 % des Warenkorbes) und Sonstige Kosten (51 % des Warenkorbes), wobei die Sonstigen Kosten im Wesentlichen Materialkosten erfassen.

Während der Anstieg der Lohnkosten im BKI für den Wohn- und Siedlungsbau im Vergleich zum Vorjahr im Zeitraum von Dezember 2020 bis Mai 2021 durchschnittlich bei etwa 2,0 % pro Monat lag, stiegen die Sonstigen Kosten (Materialkosten) im selben Zeitraum um durchschnittlich 8,9 %. Im Mai 2021 betrug die Inflationsrate der Materialkosten 18,5 %, ein historischer Höchstwert in der seit Jänner 1990 monatlich publizierten Zeitreihe.

Grafik 2 K1

Baukostenindex für Wohn- und Siedlungsbau: Gesamtbaukosten

Veränderung zum Vorjahr in %



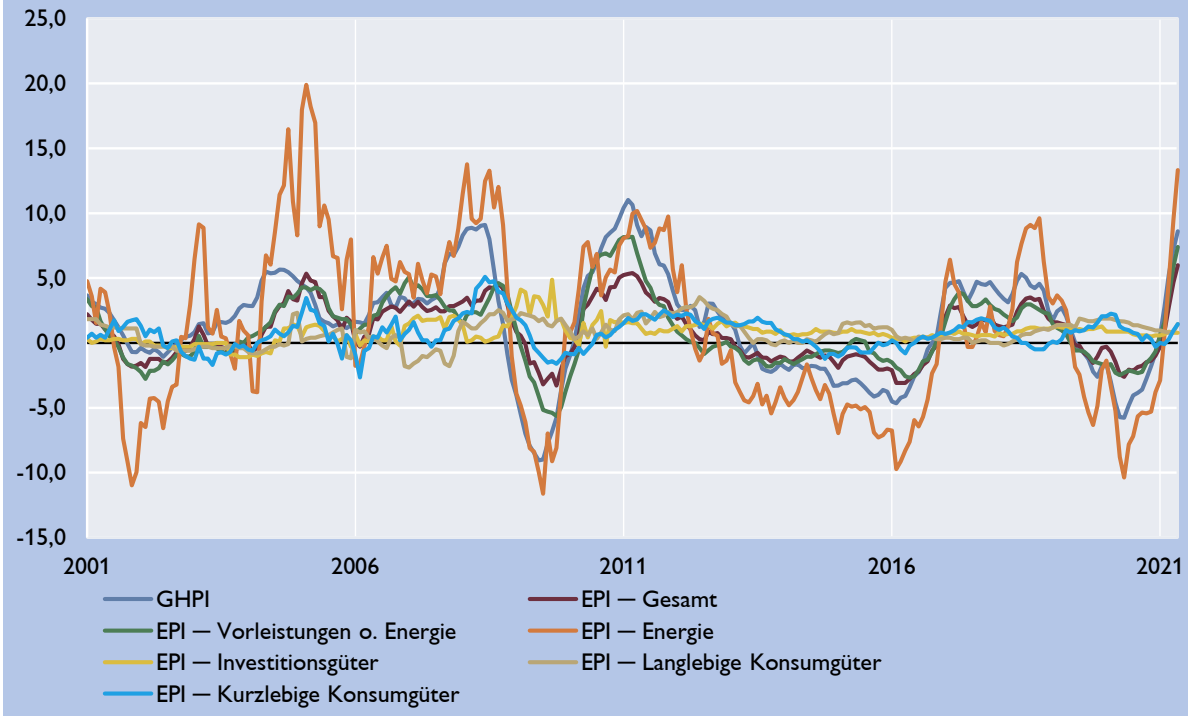
Quelle: Statistik Austria.

Die Materialkosten des BKI werden zu einem Großteil aus dem Großhandelspreisindex (GHPI) sowie dem Erzeugerpreisindex (EPI) übernommen. Der GHPI bildet die Verkaufspreise der vom Großhandel abgesetzten Waren ab, während der EPI für den Produzierenden Bereich die Ab-Werk-Preise jener Güter erfasst, die von Erzeugungsbetrieben hergestellt und abgesetzt werden. Preisdruck aufgrund steigender Material- und Lieferkosten besteht somit in erster Linie auf Ebene der Großhandels-, Import- und vor allem Erzeugerpreise. Für eine mögliche Übertragung auf die Verbraucherpreise der nichtenergetischen Konsumgüter wäre zu erwarten, dass zuerst Preissteigerungen bei den Erzeugerpreisen der langlebigen und kurzlebigen Konsumgüter stattfinden. Wie in Grafik 3 K1 jedoch ersichtlich, waren bis inklusive Mai 2021 keine nennenswerten Preisanstiege bei Konsum- und Investitionsgütern im EPI erkennbar (Mai 2021: 1,4 % bei den langlebigen Konsumgütern und 1,5 % bei den kurzlebigen Konsumgütern).

Grafik 3 K1

Erzeugerpreisindex und Großhandelspreisindex

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

Eine detaillierte Betrachtung der Preisentwicklung einzelner, für den Baubereich relevanter Rohstoffe sowie wesentlicher Komponenten des GHPI geben Aufschluss darüber, welche Materialien hauptverantwortlich für die beobachtete Preisentwicklung im GHPI, EPI und BKI sind.[10] Der HWWI-Gesamtindex[11] für Rohstoffe ohne Energie lag im Juni 2021 58,2 % über dem Vorjahreswert. Die Inflationsrate der Energiepreise im HWWI betrug 98,5 % für Juni 2021, während die Preise für Eisenerz und Stahlschrott rund 88 % über dem Wert des Vorjahres lagen. Ebenso wurden in den letzten Monaten markante Anstiege bei den Holzpreisen, aber auch bei agrarischen Rohstoffen und Nicht-Eisen-Metallen verzeichnet. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Preisentwicklung laut GHPI. Sowohl die Preise für Eisen und Stahl, aber auch für Holz, Gummi und Kunststoff, Flachglas sowie Anstrichmittel weisen auf einen deutlichen Aufwärtstrend hin. Auf den internationalen

[10] Ein weiterer Index, der die Preisentwicklung in der Baubranche betrachtet, ist der Baupreisindex (BPI), der die Entwicklung der Marktpreise für repräsentative Baueinzelleistungen abbildet. Bis inklusive erstes Quartal 2021 waren keine auffallenden Preissteigerungen im BPI erkennbar (2,8 % im ersten Quartal 2021; 2,6 % im Jahr 2020).
[11] Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut.

Rohstoffmärkten waren bei Redaktionsschluss allerdings bei einigen Rohstoffen (z. B. Holz oder Kupfer) wieder rückläufige Preise zu beobachten.

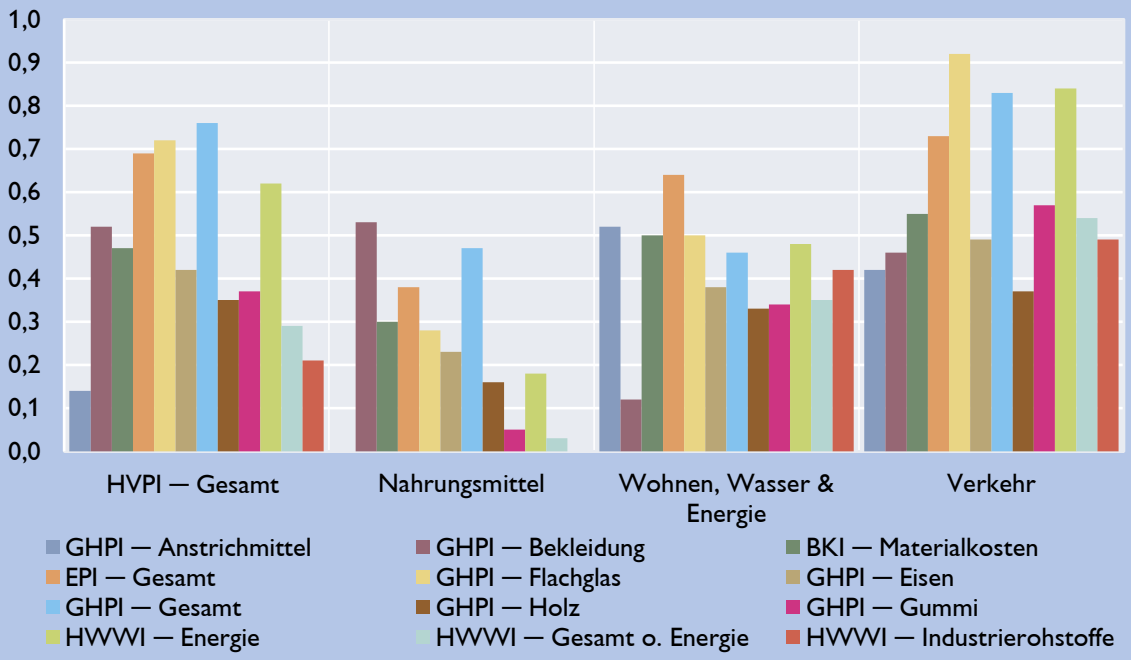
Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher: Bau- und Materialkosten im HVPI

Eine Korrelationsanalyse ermöglicht einen ersten Eindruck, ob bzw. welcher Zusammenhang zwischen den Baukosten und der HVPI-Inflation besteht. Grafik 4 im Kasten zeigt die Korrelationskoeffizienten der Inflationsraten ausgewählter Kategorien des HVPI mit den Preissteigerungsraten diverser Rohstoffe und Bauindizes.

Grafik 4 K1

Korrelationen: HVPI-Inflation und Bau- bzw. Materialkosten

Korrelationskoeffizient



Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria.

Aus der Grafik ist ein positiver Zusammenhang zwischen HVPI-Inflation und den Materialkostenanstiegen erkennbar. Besonders ausgeprägt ist dieser in den Bereichen „Verkehr" und „Wohnen, Wasser und Energie". Gemessen am Korrelationskoeffizienten besteht der stärkste positive Zusammenhang der HVPI-Inflation mit den Großhandelspreisen insgesamt, sowie Flachglas, den Erzeugerpreisen und Energie. Bei der Interpretation der Grafik ist zu beachten, dass es sich hierbei lediglich um Korrelationen handelt und daher kein Aufschluss über kausale Zusammenhänge oder quantitative Größen betreffend die Übertragung von Materialkostenanstiegen auf die HVPI-Inflation möglich ist. Darüber hinaus spiegeln sich gewisse Rohstoffpreise wie z. B. die Rohölpreise sowohl in der HVPI-Inflation wider, da diese stark positiv mit den Benzin- und Ölpreisen korreliert sind, als auch in den Baukosten, da Rohöl für die Produktion von Bitumen und anderen Baumaterialen verwendet wird und auch die Transportkosten beeinflusst.

Während sich steigende Treibstoffpreise unmittelbar im BKI und HVPI widerspiegeln, ist davon auszugehen, dass eine Überwälzung steigender Produktionskosten auf die Verbraucherpreise in anderen Kategorien (z. B. bei nichtenergetischen Konsumgütern) mehrere Monate oder Jahre in Anspruch nehmen kann.[12] Zum einen nimmt die Produktion selbst eine gewisse Zeit in Anspruch, zum anderen werden Preise oft auch längerfristig

[12] Siehe auch: What can recent developments in producer prices tell us about pipeline pressures?" ECB Economic Bulletin Box. Issue 3/2017.

in Verträgen festgelegt und Kostenanstiege somit nicht sofort eingepreist. Um mögliche verzögerte Zusammenhänge zu erkennen, werden Korrelationen zwischen Preissteigerungsraten des BKI mit mehreren Monaten Verzögerung und der kontemporären HVPI-Inflation analysiert. In diesem Fall zeigen sich beispielsweise in der Kategorie „Hausrat und Instandhaltung des Hauses" statistisch signifikante positive Zusammenhänge sowohl für Einrichtungsgegenstände und Bodenbeläge als auch für Haushaltsgeräte, Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten sowie Waren und Dienstleistungen für die laufende Haushaltsführung. Ohne die Berücksichtigung verzögerter Effekte sind keine positiven Zusammenhänge erkennbar.

Baukosten und Materialpreise: mögliche Auswirkungen auf die Eigentums- und Mietpreise

Der im Jahresverlauf 2020 beschleunigte Trend stark steigender Preise für Wohnimmobilien setzte sich zu Jahresbeginn 2021 unvermindert fort. Die Wohnimmobilienpreise stiegen österreichweit im ersten Quartal 2021 um 12,3 %. Preistreibend wirkten neben Einfamilienhäusern auch neue Eigentumswohnungen. Diese Anstiege sind allerdings nicht auf die gestiegenen Preise für Baumaterialien zurückzuführen, sondern auf die gestiegene Nachfrage. Das aufgrund der COVID-19-Pandemie stark genützte Homeoffice dürfte den Wunsch nach Wohnen im Grünen bzw. mit Garten verstärken. Gleichzeitig wird aufgrund der niedrigen Zinsen vermehrt in Immobilien investiert. Dies bewirkt einen zunehmenden Preisdruck bei Wohnimmobilien (siehe dazu Immobilien aktuell – Österreich Q2/21).

Die gestiegenen Materialkosten haben bisher weder auf die Baubewilligungen noch auf die Fertigstellungen einen erkennbaren negativen Effekt. Selbst wenn es gegenwärtig vereinzelt zu verzögerten Fertigstellungen kommt, würden sich mögliche Auswirkungen auf die Eigentums- und in weiterer Folge Mietpreise mehrheitlich erst in den nächsten Jahren zeigen. So zeigt sich beispielsweise der stärkste positive (statistisch signifikante) Zusammenhang zwischen dem Immobilienpreisindex und den Materialkosten im BKI, wenn letztere um vier Jahre verzögert in die Analyse einfließen. Ähnliches trifft auch auf den Baupreisindex zu.[13] Darüber hinaus signalisieren Rückgänge bei einigen Preisen auf den internationalen Rohstoffmärkten bereits ein mögliches Abflachen der Baukostenanstiege im weiteren Jahresverlauf 2021.

Bei der Frage nach möglichen Spillover-Effekten von Immobilienpreissteigerungen auf den Mietmarkt sind einige Faktoren zu beachten. Von den 4 Mio Haushalten (im Jahr 2020, Mikrozensus) leben ca. 42 % in Mietwohnungen. Davon bilden die geförderten Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen etwa 60 % des heimischen Mietmarktes. Der in Österreich hohe Anteil an regulierten Mieten dürfte eine Übertragung von Immobilienpreissteigerungen auf den Mietmarkt erschweren.[14] Außerdem wurden in den letzten Jahren sehr viele neue Mietwohnungen fertiggestellt, womit das Angebot gegenwärtig stärker wächst als die Nachfrage.[15] Diese Bauprojekte wurden vor zwei bis drei Jahre begonnen und sind daher nicht von aktuell steigenden Baukosten betroffen. Für das Jahr 2021 wird somit insbesondere in Wien nicht mit einer steigenden Teuerungsrate für Mieten am freien Markt gerechnet.

Schlussfolgerungen

Die österreichische Baubranche hat sich in den vergangenen Monaten rasch von der Krise erholt und berichtet – wie auch in vielen anderen Industrieländern – von einer sehr guten Auftragslage. Internationale Transportengpässe und auch zunehmender Materialmangel ließen in den letzten Monaten den Kostendruck in der Baubranche steigen.

Die Materialkostenanstiege im Baukostenindex erreichten zuletzt historische Höchstwerte, wobei hierfür vor allem der Anstieg einiger Rohstoffpreise wie z. B. Rohöl, Eisen und Stahl, und Holz verantwortlich war. Bis jetzt spiegelten sich diese Preissteigerungen jedoch nicht in den Erzeugerpreisen für Konsumgüter wider, welche ein

[13] Genauere Aussagen in Hinblick auf quantitative und zeitliche Effekte der Baukostensteigerungen auf die Entwicklung der Miet- und Immobilienpreise erfordern komplexere Modelle und sind mittels einfacher deskriptiver Statistik nicht möglich.

[14] Hohe Baukosten wären insbesondere für den Gemeinnützigen Sektor problematisch, da die Kosten möglicherweise nicht zur vollen Höhe an Mieter weitergegeben werden können (Prinzip der „Kostendeckung").

[15] 2019 wurde mit 77.699 fertiggestellten Wohnungen der höchste Wert seit 1980 verzeichnet.

wichtiger Indikator für Preisdruck aus den vorgelagerten Produktionsstufen auf die Verbraucherpreise nichtenergetischer Industriegüter sind. Selbst wenn die Erzeugerpreise steigen, ist davon auszugehen, dass eine Überwälzung auf die Verbraucherpreise mehrere Monate oder mitunter sogar Jahre in Anspruch nehmen wird. Eine Übertragung gestiegener Baukosten oder Baupreise auf die Miet- oder Immobilienpreise würde sogar noch länger dauern. Mittels einer Korrelationsanalyse wurden moderate positive Zusammenhänge zwischen den Immobilienpreisen und den mehrere Jahre zurückliegenden BKI bzw. BPI festgestellt. Der jüngste Anstieg der Immobilienpreise ist somit nicht auf die steigenden Bau- und Materialkosten, sondern vorrangig auf die gestiegene Nachfrage zurückzuführen.

Auf den internationalen Rohstoffmärkten gibt es bereits erste Anzeichen dafür, dass die ungewöhnlich hohen Preisanstiege langsam abklingen. In den letzten Wochen fielen die internationalen Preise für Holz, Kupfer sowie Mais. Auch die Terminnotierungen für Rohöl legen nahe, dass ein Großteil der stark kostentreibenden Effekte der Rohstoffpreise im zweiten Halbjahr 2021 ausläuft. Abgesehen davon wird die Preissetzung maßgeblich von anderen Faktoren als den Materialkosten bestimmt, weshalb davon auszugehen ist, dass sich der derzeitige Kostenanstieg weder in einem zusätzlichen Anstieg der Verbraucherpreise noch in einer weiteren Beschleunigung der Miet- und Immobilienpreise niederschlagen wird.

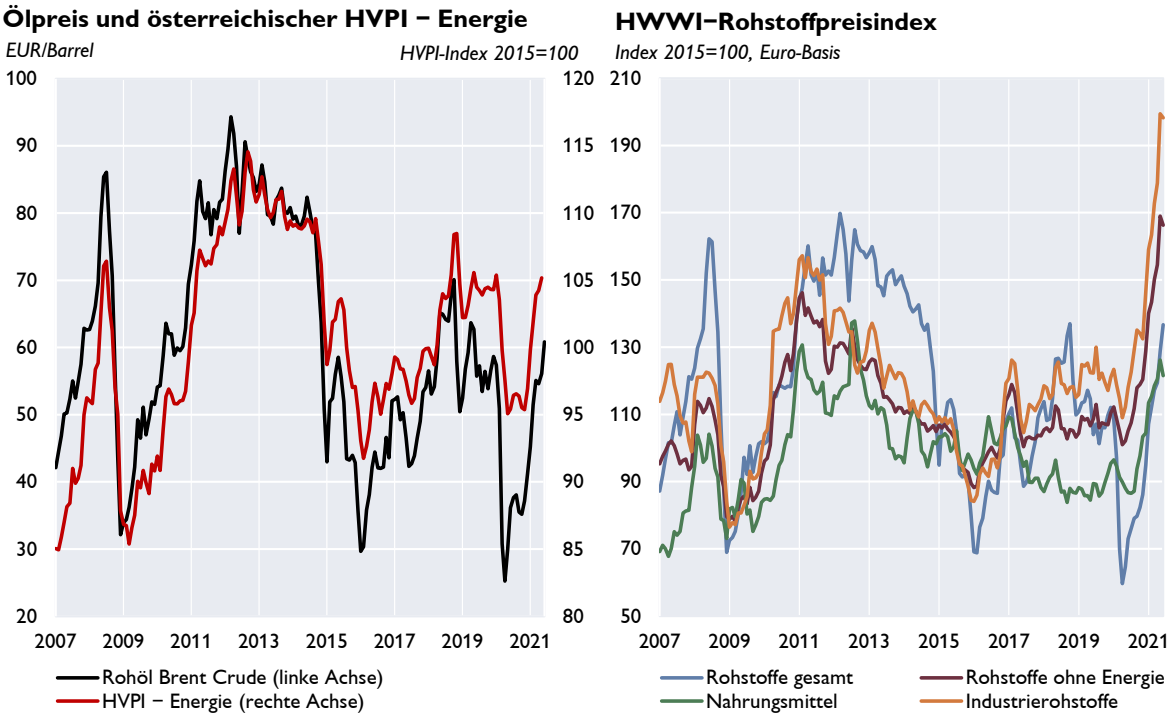
3 Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

3.1 Markanter Anstieg der Rohstoffpreise

In den ersten Monaten des Jahres 2020 befand sich der Rohölpreis aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden weltweiten Rezession auf Talfahrt. Das zugleich ausgeweitete Angebot an Rohöl ließ den Preis der Marke Brent Crude von Jänner 2020 bis April 2020 um 56 % auf 25,2 EUR pro Barrel fallen. Seither wird beim Rohölpreis ein Aufwärtstrend verzeichnet. Im Juni 2021 lag der Rohölpreis bei 60,8 EUR pro Barrel und damit um rund 68 % über dem Preis des Vorjahresmonats (Juni 2020: 36,1 EUR pro Barrel). Aufgrund der steigenden globalen Nachfrage laufen derzeit Verhandlungen der OPEC[16], die Rohölförderung auszuweiten. *Mit den zuletzt stark anziehenden Ölpreisen stieg auch der Preisindex der Energiekomponente im österreichischen HVPI deutlich an* (Grafik 2, linke Abbildung). Im Mai 2021 lagen die Energiepreise im HVPI um 10,6 % über ihrem Vorjahreswert.

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

Der *HWWI-Preisindex für die gesamten Rohstoffe steigt bereits seit April 2020 kontinuierlich an*. Besonders stark stiegen die Preise von Industrierohstoffen aufgrund der zunehmenden globalen Nachfrage. Ausschlaggebend dafür dürften sowohl die Lockerung der Containment-Maßnahmen wie auch die staatlichen Konjunkturprogramme sein. Die Preise von Industrierohstoffen stiegen von April 2020 bis Juni 2021 um 81,3 % (Grafik 2, rechte Abbildung). Auf den Rohstoffmärkten für Nahrungsmittel führte die gestiegene Nachfrage bei gleichzeitiger Angebotsverknappung zu

[16] Allianz der Erdöl exportierenden Länder.

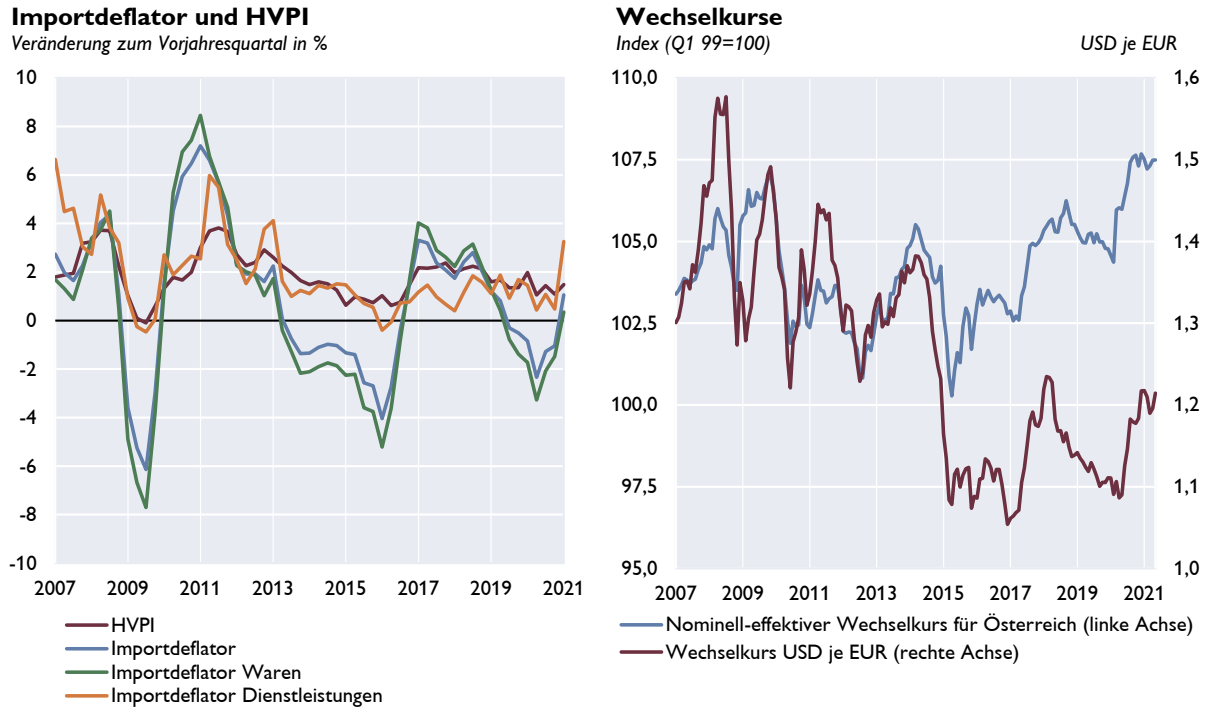
Preisanstiegen. Der HWWI-Preisindex für Nahrungsmittelrohstoffe notierte im Juni 2021 um 40,1 % höher als im Juni 2020.

3.2 Moderater Anstieg der Importpreise im ersten Quartal 2021

Die Jahreswachstumsrate des Importdeflators (laut VGR[17]) belief sich im ersten Quartal 2021 auf 1,1 % und war damit zum ersten Mal seit dem dritten Quartal 2019 im positiven Bereich. Dafür dürfte vor allem der Preisauftrieb bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffpreisen verantwortlich sein. Zusätzlich könnten die pandemiebedingten Liefer- und Materialengpässe eine Rolle gespielt haben. Der Preisdruck gemessen an den Importpreisen von Waren bleibt aber weiter moderat. Im Jahresabstand verteuerten sich die Warenimporte im ersten Quartal 2021 um 0,3 %, während die Preise für Dienstleistungsimporte im Jahresabstand zuletzt um 3,3 % anstiegen (Grafik 3, linke Abbildung).

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

Die im Vorjahr verzeichnete Aufwertung des Euro-Wechselkurses setzte sich in den letzten Monaten nicht fort. *Von Februar 2020 bis Mai 2021 wertete der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs[18] um insgesamt 3,0 % auf. Der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wertete von Februar 2020 bis Juni 2021 um 10,5 % auf und belief sich im Juni 2021 auf 1,21 USD je EUR* (Grafik 3, rechte Abbildung).

[17] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

[18] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit den jeweiligen Außenhandelsanteilen für den Sachgüterbereich, berechnet.

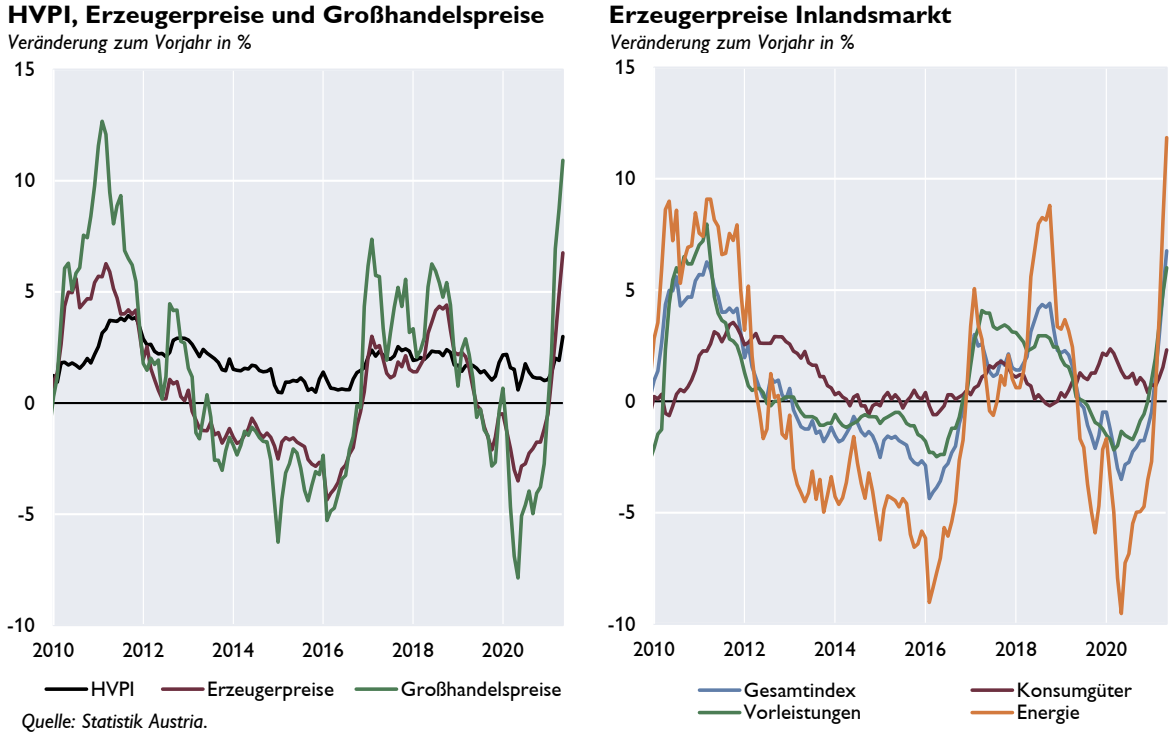
3.3 Teilweise markanter Preisauftrieb auf Ebene der Produzenten und des Großhandels

Auf den *vorgelagerten Produktionsstufen ist in den letzten Monaten die Jahreswachstumsrate der Preisindikatoren teilweise markant angestiegen*. Die Jahresänderungsrate des *Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter*[19] erreichte im Mai 2020 mit –3,5 % den niedrigsten Wert seit Beginn der COVID-19-Pandemie. Bis Mai 2021 stieg die Erzeugerpreisinflation auf 6,8 % an (Grafik 4, linke Abbildung). Innerhalb des Erzeugerpreisindex wiesen die Vorleistungskomponente und die Energiekomponente deutlich steigende Teuerungsraten auf (Grafik 4, rechte Abbildung). Die Inflationsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für Konsumgüter entwickelte sich moderater und belief sich im Mai 2021 auf 2,3 % (gegenüber dem Vorjahresmonat).

Die Wachstumsrate des Großhandelspreisindex erreichte ebenfalls im Mai 2020 mit –7,9 % den niedrigsten Wert seit Beginn der COVID-19-Pandemie, stieg bis *Mai 2021 allerdings auf 10,9 % an*. Für den Indexanstieg waren zuletzt vor allem Altmaterialien und Reststoffe, Eisen und Stahl, Kunststoffe und Gummi sowie Mineralölerzeugnisse ausschlaggebend.

Grafik 4

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette



Quelle: Statistik Austria.

3.4 Arbeitskostenentwicklung signalisiert verringerten Preisdruck

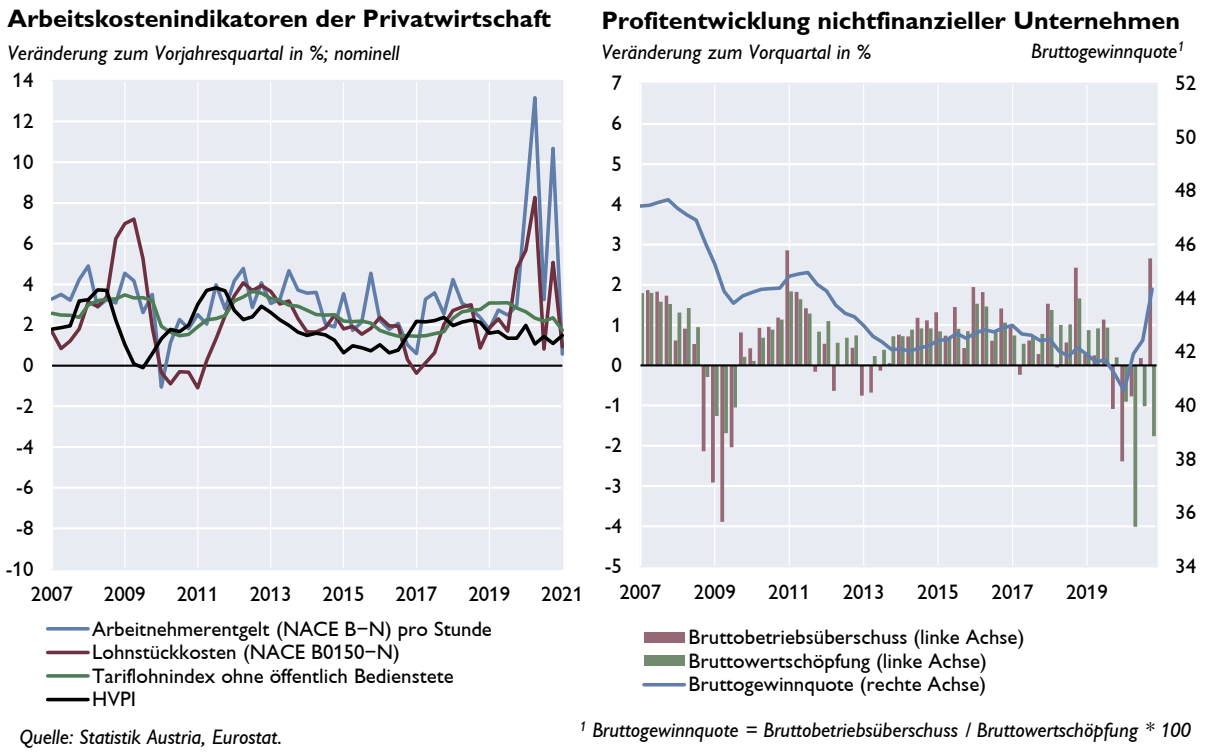
Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat sich das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft (NACE Sektoren B–N) ausgesprochen volatil entwickelt. Den pandemiebedingten

[19] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ausgenommen Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

starken Anstiegen im zweiten und vierten Quartal 2020 folgte eine Abschwächung auf 0,9 % im ersten Quartal 2021 (Grafik 5, linke Abbildung). Einen ähnlichen Verlauf wies das Jahreswachstum der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde auf (d. h. starke Anstiege im zweiten und vierten Quartal 2020 sowie ein deutlicher Rückgang auf 0,6 % im ersten Quartal 2021). Der Informationsgehalt dieser Indikatoren wird allerdings durch die Kurzarbeitsregelungen wesentlich beeinträchtigt, da die Arbeitnehmerentgelte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auch die fiskalischen Subventionen im Rahmen der Kurzarbeit enthalten. Somit spiegelt die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde in dieser Sondersituation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung der Unternehmen nicht korrekt wider. Rückschlüsse auf einen möglichen Preisdruck können daraus nicht abgeleitet werden. Allerdings signalisiert das verringerte *Jahreswachstum des Tariflohnindex* (ohne öffentlich Bedienstete), welches sich von 2,6 % im ersten Quartal 2020 auf 1,7 % im ersten Quartal 2021 abschwächte, einen abnehmenden Preisdruck von der Arbeitskostenseite.

Grafik 5

Arbeitskostenindikatoren und Profite



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

*[1] Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

Die *Bruttogewinnquote*[20] *der nichtfinanziellen Unternehmen ging von 41,7 % im dritten Quartal 2019 auf 40,7 % im ersten Quartal 2020 zurück, erholte sich bis ins vierte Quartal 2020 aber wieder auf 44,3 %* (Grafik 5, rechte Abbildung). Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Bruttowertschöpfung während der COVID-19-Pandemie vergleichsweise stärker zurückging als die

[20] Die Bruttogewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften laut VGR ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen, dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Dieser Profitabilitätsindikator gibt an, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wirtschaftsleistung auf die Vergütung des Produktionsfaktors Kapital entfällt.

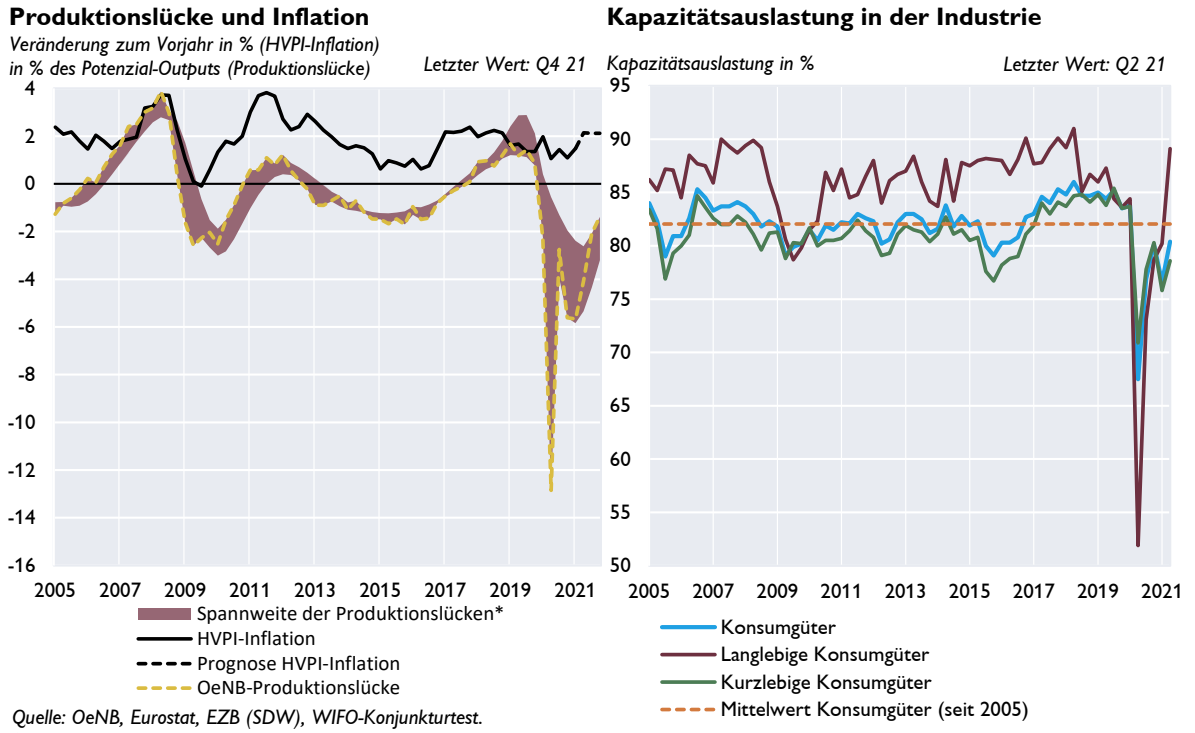
Bruttobetriebsüberschüsse. Letztere wurden zudem durch die in den letzten Quartalen krisenbedingt stark gestiegenen Unternehmenssubventionen teilweise gestützt.

3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie deutlich besser

Die Berechnung der Produktionslücke (Abweichung der aktuellen Produktion von ihrem Potenzial) unterliegt bereits in normalen Zeiten einer hohen Unsicherheit, da der Potenzialoutput nicht beobachtet werden kann und folglich geschätzt werden muss. In der COVID-19-Krise ist die Unsicherheit noch größer, weshalb die Bandbreite der Schätzungen für den Potenzialoutput und auch die Schätzungen der Produktionslücke eine größere Streuung aufweisen (Grafik 6, linke Abbildung). Die OeNB geht in ihrer gesamtwirtschaftlichen Prognose vom Juni 2021 davon aus, dass die wirtschaftliche Erholung nach dem Auslaufen der Lockdown-Maßnahmen zwar kräftig sein wird, die Produktionslücke aber im gesamten Jahresverlauf 2021 negativ bleiben wird. Die Produktionslücke betrug nach OeNB-Schätzung im zweiten Quartal 2021 –4,1 % des BIP und sollte trotz der erwarteten wirtschaftlichen Erholung auch Ende 2021 noch negativ sein (–1,4 %).

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.
**) Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, EK, OeNB.*

Die *Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie sank* laut WIFO-Konjunkturtest *im zweiten Quartal 2020 auf 67,5 % ab (ausgehend von 83,8 % im ersten Quartal)*. Seither *erholte sich die Kapazitätsauslastung auf 80,4 % im zweiten Quartal 2021* (Grafik 6, rechte Abbildung). Damit lag die Kapazitätsauslastung nur mehr leicht unter ihrem langfristigen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,0 %). Innerhalb der Konsumgüterproduktion verbesserte sich zuletzt vor allem die Kapazitätsauslastung bei der Produktion von langlebigen Konsumgütern, welche im zweiten Quartal mit 89,1 % sogar über den Werten vor Beginn der COVID-19 Pandemie lag. Bei

kurzlebigen Konsumgütern war die Kapazitätsauslastung mit 78,6 % im zweiten Quartal 2021 deutlich geringer.

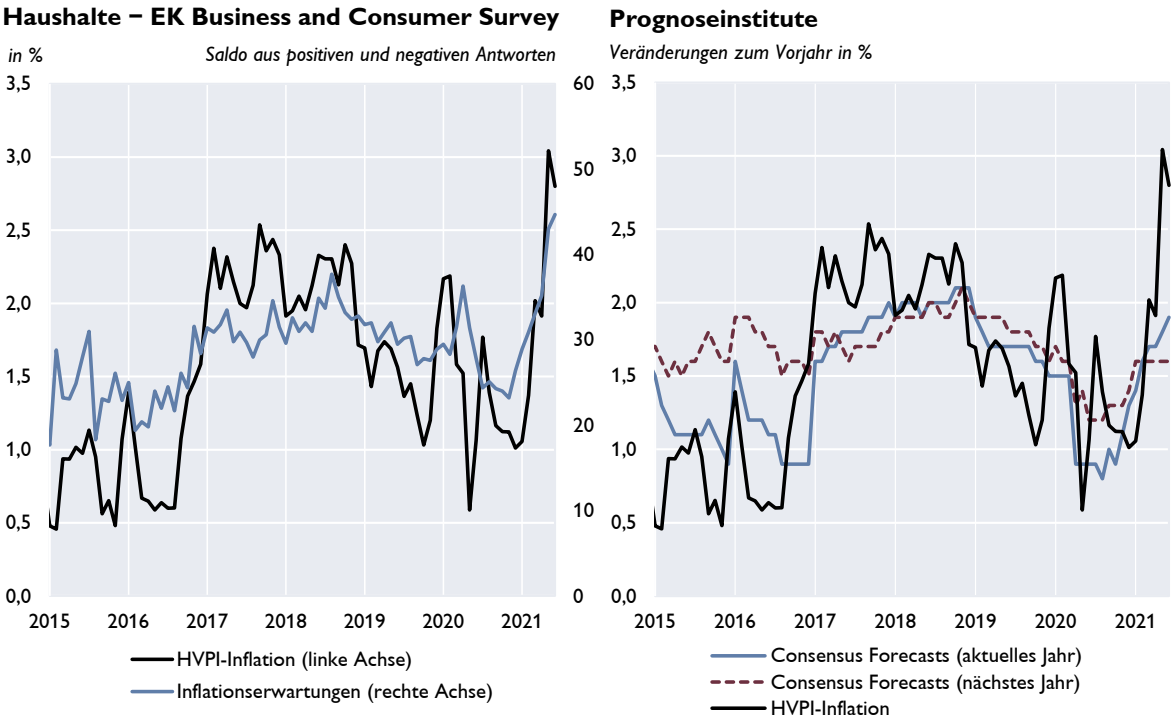
3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen zuletzt deutlich angestiegen

Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission nahm im zweiten Quartal 2021 in Österreich der Anteil der Verbraucherinnen und Verbraucher, die in den kommenden zwölf Monaten steigende Preise erwarten weiter zu (Grafik 7, linke Abbildung). *Der Saldo aus positiven Antworten* („Preise steigen in den kommenden zwölf Monaten") *und negativen Antworten* („Preise sinken in den kommenden zwölf Monaten") *lag im Juni 2021 bei 44,6 und ist damit in den letzten Monaten deutlich angestiegen*.

Eine weitere Datenquelle für Inflationserwartungen sind die von Consensus Economics erhobenen Projektionen von professionellen Prognoseinstituten. Demgemäß *stieg die Consensus-Inflationsprognose für Österreich* (also der Durchschnitt der erhobenen Prognosen) *für das Jahr 2021 bis Juni 2021 auf 1,9 % an (Jänner 2021: 1,4 %), während jene für das Jahr 2022 wie in den Vormonaten bei 1,6 % blieb* (Grafik 7, rechte Abbildung).

Grafik 7

Inflationserwartungen



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.

Ein Vergleich der jüngsten Prognosen zur HVPI-Inflation in Österreich zeigt, dass die Bandbreite der Prognosewerte für 2021 von 1,9 % bis 2,3 % und jene für 2022 von 1,6 % bis 2,1 % reicht. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Projektionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erstellt wurden und daher auf unterschiedlichen Annahmen basieren. Alle Institutionen rechnen in ihrer Vorausschau damit, dass die Inflationsrate im Jahr 2021 nur vorübergehend ansteigen wird (Tabelle 3).

Tabelle 3

HVPI-Inflationsprognosen für Österreich

	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %	
Europäische Kommission (Juli 2021)	2,1	1,9
Consensus Forecasts (Juni 2021)	1,9	1,6
WIFO (Juni 2021)	2,3	2,1
IHS (Juni 2021)	2,3	2,0
OECD Economic Outlook (Mai 2021)	2,0	1,9